

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sprachliche Vielfalt in Berlin als Reichtum begreifen und im Unterricht weiterentwickeln!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unter Einbeziehung relevanter Gremien ein Konzept zur Förderung der Mehrsprachigkeit zu erarbeiten, das perspektivisch eine breite Versorgung mit herkunftssprachlichen Sprachangeboten ermöglicht. Im ersten Schritt soll der Fokus auf Angebote in den häufigsten Herkunftssprachen gelegt werden: Türkisch, Arabisch, Kurdisch sowie unter anderem osteuropäische Sprachen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit das Konzept der Europaschulen bzw. andere immersive Formen des Sprachunterrichts auch für diese Sprachen verwendet bzw. weiter ausgebaut werden können.
2. an Berliner Schulen eigene Angebote des Unterrichts in der Herkunftssprache mit angestellten Lehrkräften des Landes Berlin zu schaffen bzw. zu stärken.
3. die rechtliche Grundlage zu schaffen, mit der die erlernte Herkunftssprache bei Prüfungen und Abschlüssen als erste bzw. zweite Fremdsprache anerkannt werden kann.
4. zu prüfen, inwieweit der sogenannte Konsulatsunterricht die Voraussetzungen erfüllt, auf solche Prüfungen und Abschlüsse vorzubereiten. Hierzu sollen Gespräche mit den betreffenden Konsulaten darüber geführt werden, wie die Angebote entsprechend weiter entwickelt, die Lehrpläne den Berliner Bildungszielen angepasst und der Konsulatsunterricht unter die Schulaufsicht gestellt werden können.
5. eine Ausbildung der Lehrkräfte für die häufigsten Herkunftssprachen an Berliner Hochschulen zu ermöglichen und zu fördern.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 31. Juli 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Europäische Union (EU) formulierte bereits 1995 im „Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung“ das Ziel, dass jeder EU-Bürger neben seiner Muttersprache mindestens zwei weitere europäische Sprachen erlernen solle. Der Europarat stellte dabei ursprünglich die Sprachen seiner eigenen Europäischen Mitgliedstaaten, z.B. Englisch, Französisch und Spanisch, in den Vordergrund. Es ist an der Zeit, nun auch die außereuropäischen Migrationssprachen stärker in den Blick zu nehmen. Es ist mittlerweile wissenschaftlich unbestritten, dass eine bi- und multilinguale Bildung sowohl den gesamten sprachlichen wie auch kognitiven Fähigkeiten der Kinder nützt und ihren schulischen Erfolg steigert. Deshalb will die Koalition diese Mehrsprachigkeits-Angebote konsequent ausbauen und damit die vielfältige Berliner Lebenswirklichkeit positiv abbilden.

In Berlin besteht ein hoher Bedarf an herkunftssprachlichem Unterricht für dauerhaft in Berlin lebende Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache. Laut Schulgesetz können Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache Angebote zum Erlernen ihrer Muttersprache erhalten. Dabei kann sich die Schule der Angebote Dritter bedienen (§ 15 Abs. 3 SchulG).

Der muttersprachliche Ergänzungsunterricht an Berliner Schulen basiert aktuell auf der Grundlage einer EG-Richtlinie über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmer*innen. Im Rahmen der EG-Richtlinie haben diplomatische Auslandsvertretungen auch in Deutschland die Möglichkeit, Lehrkräfte aus dem Herkunftsland an Schulen zu entsenden, um in der Muttersprache Heimatkunde zu unterrichten. Für die Unterrichtsinhalte sind die Auslandsvertretungen bzw. Herkunftsländer zuständig.

Anliegen des vorliegenden Antrages ist es, dem gestiegenen Bedarf zunehmend auch mit eigenen Angeboten des Landes Berlin an den Berliner Schulen zu entsprechen.

Allen Kindern und Jugendlichen soll der Zugang zu guter Bildung ermöglicht werden, also auch den zugewanderten und hierher geflüchteten. Sie sollen auch die Möglichkeit bekommen, ihre kulturellen Wurzeln zu erhalten, wozu unbedingt die Pflege der Herkunftssprache gehört. Die sprachliche Vielfalt in Berlin gilt es als Reichtum zu begreifen und zu entwickeln.

Berlin, d. 05. April 2017

Saleh Dr. Lasić Langenbrinck Dr. Czyborra
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Kittler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Remlinger Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen